



Detailansicht des Registereintrags

Andreas Arnemann (Inklusionskünstler*)

Aktuell seit 06.08.2026 08:36:47

Natürliche Person

Registernummer:	R006408
Ersteintrag:	24.12.2023
Letzte Änderung:	06.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	06.08.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatperson

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Finanzierungsquelle

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (5):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung";
Kultur; Aufklärung über Inklusion, Ableismus, Barrierefreiheit, UN-BRK, Menschenrechte -
Stimme der Betroffenen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zum Zwecke der Interessenvertretung trete ich als INKLUSIONSKÜNSTLER* ARNE auf. Weiterhin bin ich Demokratieinklusionist und verbinde Inklusion mit Demokratie, was ich Demokratieinklusion nach ARNE bezeichne. Inklusion muss bei allen politischen Prozessen gelebt werden, Betroffene müssen zu den Entscheider*innen gehören und nicht nur als Beirat*innen am Rande beraten. Als Inklusionsdemokrat versuche ich Betroffene zu empowern, um meine Methode der Inklusionsdemokratie zu etablieren und Inklusion gemäß der UN-BRK zum Laufen zu bringen. Als Demokratieinklusionär entwickle ich Instrumente der Sozialen Arbeit, welche unter der urheberrechtlich geschützten Bezeichnung „ ARNE ;-)_§ MACHT " in einigen Jahren ein Umdenken in der Gesellschaft zur gelebten Inklusion anstoßen werden, denn jede*r kann schnell selbst zum Menschen mit Behinderung werden, das ist vielen (noch) nicht klar ;-)_§

Es werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, angesteht, die als Rahmenbedingungen für die Inklusion, auch im Hinblick auf die UN-Behindertenrechtskonvention und Selbstbestimmung, von großer Bedeutung sind.

Dabei geht es unter anderem um den Arbeitskräftemangel, den Wert der motivierten und kompeten Betroffenen, Vermittlungshemmnisse und Vorurteile bis hin zum Sondereinrichtungsabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht auf die Realität in WfbM zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der Lage von Betroffenen zu geben. Diskussionsveranstaltungen nach Betzavta werden durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden sollen, um erlebnisorientierte Übungen durchzuführen, die Empathie für Betroffene vermitteln sollen. Auch Bühnenprogramme, welche Psychodrama (Begründer Jacob Levy Moreno), Playbacktheater oder Improsatire verbinden, um Inklusion zu einzufordern, könnten unter ARNE ;-)_§ MACHT entwickelt werden, um ein Umdenken der Gesellschaft hin zur Inklusion anzustoßen und Adressat*innen zu empowern. Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt. Diese sollen folgende Bereiche betreffen:

Einsatz für Betroffene, die unter Ableismus, Ageismus, moderner Sklaverei, Fremdbestimmung und den negativen Auswirkungen von Psychopharmaka sowie EKT leiden.

Bekämpfung der Pharmedienlobby durch Aufklärung über hypothesenbasierte Hirnforschung an Menschen, welche unter Betreuung stehen und nicht über die verheerenden Wirkungen der Medikamente aufgeklärt werden oder nicht einwilligungsfähig sind.

Forderung einer neuen AMÜP - Studie,

Forderung der Auflösung der WfbM,

Einsatz für die Inklusion auf dem ersten Arbeitsmarkt, Aufklärung von Unternehmer*innen zu Fördermöglichkeiten und über die großartigen Kompetenzen und Motivationen Betroffener,

Werbung für ein christliches Miteinander auf Augenhöhe.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. Gesetz zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz - Erweiterung der Leistungsgruppen um den Fachbereich Psychiatrie

Beschreibung:

Eine Transparenzverpflichtung der Psychiatrischen Kliniken ist unbedingt erforderlich. Insbesondere sollte eine bundesweite Statistik über Fixierungen geführt werden, welche nach Ansicht der Vereinten Folterungen darstellen und verboten werden müssen. Fixierungen führen zu Vertrauensverlust und Traumatisierungen, ein Bundeskataster für diese unmenschlichen Behandlungen ist unbedingt erforderlich, um den, aus meiner Sicht rechtsfreien Raum, der Psychiatrien zu öffnen. Psychiatrie ist meiner Ansicht nach ein Krankenhausbereich, der nicht nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen menschenwürdig behandelt, stark Pharmalobby gelenkt wird und eine Transparenz der dort vorgenommenen Behandlungen ist unbedingt erforderlich.

Interessenbereiche:

Aufklärung über Inklusion, Ableismus, Barrierefreiheit, UN-BRK, Menschenrechte - Stimme der Betroffenen

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190199 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. Gesetz zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes, Drucksache 20/10406 Erweiterung auf Landesebenen möglich wird beantragt.

Beschreibung:

Ich unterstütze die Neuregelung des Bundespolizeigesetzes ausnahmslos und bitte um Umsetzung. Ich bitte gleichzeitig um Überprüfung, ob eine Umsetzung auf alle Bundesländer denkbar wäre, um die Landespolizeigesetze durch ein einheitliches Gesetz zu ersetzen, somit Ressourcen zu schonen und uniformierten Polizeivollzugsbeamtinnen sowie Polizeivollzugsbeamten eine länderübergreifend gleiche Rechtssicherheit zu geben.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10406 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BPolBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Aufklärung über Inklusion, Ableismus, Barrierefreiheit, UN-BRK, Menschenrechte - Stimme der Betroffenen

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190201 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Sozialgesetzbuch (SGB IX), Streichung von: § 223 SGB IX Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe

Beschreibung:

Durch diese Regelung wird Inklusion verhindert, die laut UN-Behindertenrechtskonvention, Artikel 27, nur auf dem ersten Arbeitsmarkt stattfinden kann.

Als Gruppenleiter in einer WfbM, der nach 29 Jahren aus dem System der „modernen Sklaverei“ ausgestiegen ist, fordere ich die komplette Streichung einer Anrechenbarkeit von Aufträgen, welche an WfbM vergeben werden. Werkstätten sind Auslaufmodelle und nicht mehr zeitgemäß!

Ich bitte Sie, den § 223 SGB IX (Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe) ersatzlos aus dem Neuntes Buch Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu streichen.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Aufklärung über Inklusion, Ableismus, Barrierefreiheit, UN-BRK, Menschenrechte - Stimme der Betroffenen

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190202 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Versendet am 09.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. Forderung eines Verbotes der Sammlung und Nutzung psychotherapeutischer, psychiatrischer, neurologischer, geistiger sowie seelischer Gesundheitsdaten

Beschreibung:

Der Aufbau einer zentralen Datenzugangs- und Koordinierungsstelle zur Sammlung und Zusammenführung von Gesundheitsdaten kann verheerende Auswirkungen für Betroffene haben, wenn eine Regierung an die Macht kommt, die Sozialdarwinismus als politisches Ziel verfolgt.

Insbesondere Datensammlungen mit angeblichen psychischen Krankheiten und psychiatrischen Verdachtsdiagnosen werden Betroffene noch mehr dem Ableismus aussetzen und weiter marginalisieren.

Ein Aufbau derartiger Datensammlungen ist höchst gefährlich für unsere Gesellschaft und könnte zukünftigen Regierungen die Entfernung bestimmter Personengruppen aus unserer Mitte sehr erleichtern.

Eine zentrale Zusammenführung von Gesundheitsdaten darf es NIE geben, denken Sie an eine sehr dunklen Zeit in der deutschen Geschichte.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9046 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten -
(Gesundheitsdatennutzungsgesetz - GDNG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Kultur [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Aufklärung über Inklusion, Ableismus, Barrierefreiheit, UN-BRK, Menschenrechte - Stimme der Betroffenen

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2407120016** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. Gesetz zur Beauftragung und Finanzierung einer AMÜP-Studie (Arzneimittelüberwachung in der Psychiatrie)

Beschreibung:

Forderung eines Gesetzes zur Beauftragung und Finanzierung einer AMÜP-Studie. Die AMÜP-Studie wurde 10 Jahre vom Bundesgesundheitsamt finanziert und war die erste umfassende Studie zur systematischen Erfassung der UAW von Psychopharmaka. Es ist unbedingt notwendig, eine erneute unabhängige AMÜP-Studie gesetzlich vorzuschreiben, da die derzeitigen Einrichtungen unter Personalmangel leiden, schlecht aufklären und viel zu schnell gesundheitsschädigende Psychopharmaka vergeben. Das Ergebnis sind Drehtürpsychiatrie, Traumatisierungen, und viele körperliche Krankheiten. Zudem wird vielfach an Patient*innen vergeben, die als krankheitsuneinsichtig gelten. Es gilt diese Medikamente zu identifizieren und zu verbieten, damit die Lebenserwartung von Psychiatriepatient*innen wieder steigt.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Aufklärung über Inklusion, Ableismus, Barrierefreiheit, UN-BRK, Menschenrechte - Stimme der Betroffenen

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2409210001** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Schaffung von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen (Mindestlohn) - Bonussystem für privatrechtliche Arbeitgeber*innen

Beschreibung:

Bonus-System für Schaffung von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen (siehe Drucksache 19/8557) – Ein Schritt zur gelebten Inklusion

Ziel des Vorhabens: In den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen befinden sich viele Betroffene, die auf diesem Weg eine Inklusion auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erfahren könnten und nicht mehr für ein Taschengeld in ausgelagerten Arbeitsgruppen oder auf Einzelarbeitsplätzen in der freien Wirtschaft beschäftigt werden (arbeitsähnliche Tätigkeit).

Die ungerechte, derzeitige Regelung verstößt nicht nur aus meiner Sicht gegen Grundgesetz und UN-Behindertenrechtskonvention, Werkstätten müssen radikal reformiert werden, die Parteien halten leider am System der Werkstätten fest. Chancengleichheit, Transparenz und Augenhöhe sind die Zukunft.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Aufklärung über Inklusion, Ableismus, Barrierefreiheit, UN-BRK, Menschenrechte - Stimme der Betroffenen

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512310013 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Eigener Verhaltenskodex

die_zehn_gebote_-_luthers_kleiner_katechismus.pdf